

## Atomstop unterbrochen

Westen: Moskau zwingt uns zu weiteren Versuchen — UNO mißachtet

Washington/Genf (ap/dpa). Die USA und Großbritannien gaben bekannt, daß die Sowjetunion am 1. und 3. November — also nach dem Stichtag, den sich die beiden Westmächte für die befristete Einstellung ihrer Atomversuche gesetzt hatten — zwei neue Atomwaffenexplosionen ausgelöst hat. Die Westmächte zogen aus diesem Verhalten der Sowjetunion die Konsequenz und erklärten sich nicht mehr an ihre freiwillige Verpflichtung gebunden, vom 31. Oktober an ein Jahr lang keine Atomwaffenversuche durchzuführen. Dennoch wollen die USA und Großbritannien ihre Versuche vorläufig nicht wieder aufnehmen und sich auf der Genfer Konferenz über eine Einstellung der Atomversuche trotz des enttäuschenden Konferenzbeginns um eine Vereinbarung bemühen.

Wenn die Sowjetunion jedoch die Versuche auch jetzt fortsetzen sollte, ist mit einer Wiederaufnahme der westlichen Testreihe zu rechnen. Wörtlich erklärte Präsident Eisenhower hierzu: „Falls die Sowjetunion nicht in Kürze eine entsprechende Verzichtserklärung abgibt, werden die USA gezwungen sein, ihre Haltung zu überprüfen.“

Präsident Eisenhower stellte weiter fest, daß die fortgesetzten sowjetischen Versuche auch einer Entschließung der UNO-Vollversammlung widersprechen, in der die Teilnehmer der Genfer Konferenz aufgefordert wurden, ihre Versuche auf die Dauer der Genfer Konferenz einzustellen. „Diese Handlung der Sowjetunion enthebt die USA jeder Verpflichtung aus ihrem Angebot, die Atomwaffenversuche einzustellen.“

Außenminister Dulles gab auf einer Pressekonferenz bekannt, daß seine Regierung in der Nacht zum Montag Kenntnis von den letzten sowjetischen Versuchen erhalten habe. In fairer Weise habe sie dies der sowjetischen Regierung mitgeteilt und ihr die Möglichkeit gegeben, sich hierzu zu äußern. Da die Sowjetunion dies aber nicht getan habe, sei die Bekanntmachung durch Eisenhower erfolgt.

Die Aussichten auf einen Erfolg der Genfer Konferenz haben sich nach Londoner Auffassung verschlechtert, doch wird immer noch vor übereilem Pessimismus gewarnt. Politische Kreise sind zum Teil geneigt, die beiden sowjetischen Ver-

suche als Schachzüge in dem Ringen um die Ausgangsposition anzusehen. Entscheidend sei, ob die sowjetische Regierung auf ihrem Territorium Kontrollstationen zulasse.

Die Genfer Verhandlungen der drei Atommächte über die Einstellung von Kernwaffenversuchen kamen auch bisher nicht voran. Nach dem Communiqué befaßten sich die Delegierten mit den vorliegenden Plänen und Tagesordnungsvorschlägen der drei Teilnehmer. Gleichzeitig wurde den Delegierten die Erklärung der amerikanischen Regierung zur Fortsetzung der sowjetischen Atomversuche zur Kenntnis gebracht.

### SSD-Agent verhaftet

Berlin (dpa). Unter dem dringenden Verdacht landesverräterischer Beziehungen ist nach Mitteilung der Westberliner Polizei der Ingenieur Bruno Langbein aus der Sowjetzone verhaftet worden. Er soll seit September 1957 Verbindungen zu einem Angehörigen des sowjetischem Geheimdienstes unterhalten und diesem einen ihm bekannten Kaufmann aus der Bundesrepublik ausgeliefert haben. Dieser Kaufmann, der nach Mitteilung der Polizei flüchtig ist, soll Material und technische Daten über Ausüstungsgegenstände der Bundeswehr an Langbein geliefert haben.

### Zwei Konsistorien geplant?

Vatikanstadt (dpa). Papst Johannes XXIII. beabsichtigt, die Lücken im Kardinalskollegium in zwei Etappen aufzufüllen. Er werde zwei Konsistorien einberufen: eines für den Dezember, das zweite für März kommen-

den Jahres. Im Dezember werde er diejenigen Kardinalskreationen vornehmen, die „unumstritten“ sind und sich „sozusagen von selbst ergeben“. Einige Kardinalshüte gedenke Papst Johannes, so wurde erklärt, erst nach reiflicher Überlegung zu vergeben. Deshalb das zweite Konsistorium im März. Die Aussichten, daß Deutschland einen dritten Kardinalshut erhalten könne, werden im Vatikan als nicht sehr groß betrachtet.

### Adenauer mit „Goldenem Herzen“

Washington (ap). Der internationale „Variety Club“ hat Bundeskanzler Adenauer das „Goldene Herz“ zuerkannt, das für Verdienste auf humanitären Gebiet vergeben wird. Der deutsche Regierungschef erhielt die Auszeichnung nach Mitteilung des Klubs insbesondere „für seinen hervorragenden Beitrag zur Förderung der Humanität und des Friedens“.

## Nichts gelernt?

K. W. B. Ungern blicken wir zurück, wenn wir Bedrückendes hinter uns haben. Ungern lassen wir uns aber auch an das erinnern, was wir aus entscheidenden Erlebnissen unserer Geschichte lernen wollten, aber vielleicht zu lernen unterlassen haben. Die Deutschen haben keine Vorliebe für nationale Erinnerungstage — für die dunklen unter ihnen schon gar nicht. Dabei aber täte es uns gut, an diesem 9. November uns innezuwerden, wo wir eigentlich nach dem 9. November von 1918 und dem zweiten 9. November von 1933 heute stehen. Man könnte wohl meinen, daß beide November — der vor 40 Jahren und der andere vor 20 Jahren — nie das ganze Volk angegangen sind oder gar geprägt haben. Der Blick zurück aber nimmt uns alle Selbstgefälligkeit. Wir mögen, wo auch immer wir am Ende des ersten Weltkrieges bei der Ausrufung der ersten deutschen Republik gestanden haben, — und wir mögen, beschämt und zähneknirschend wie nur immer, vor dem Scherbenhaufen der Kristallnacht uns verhalten haben: In beiden Ereignissen prägte sich für die zusehende Welt ein Stück deutscher Möglichkeiten.

Die eine war ein freundlich demokratischer Versuch, das Schicksal des deutschen Volkes in die Hände gestaltungswilliger Bürger zu geben; die andere die zynische Mobilisierung eines Instinkts, um den jüdischen Teil des Volkes gewaltsam auszuroten. Der aus dem 9. November 1918 hervorgegangene Weimarer Staat der Deutschen hat nur 15 schwere mühselige Jahre gelebt und ist an seiner demokratischen Unreife zerbrochen. Und der sich mit der Gewalttat vom 9. November 1933 repräsentierende Hitler-Staat stürzte nicht nur die Deutschen, sondern Europa und große Teile der Welt in eine verhängnisvolle Unordnung. 20 Jahre danach stehen wir mitten in einem Prozeß, der von den Schatten der beiden Erinnerungen der Deutschen offensichtlich immer wieder umlagert wird.

Haben wir die Demokratie, die wir vor 40 Jahren zum ersten

Male begannen, vor 10 Jahren zum wiederholten Male unternahmen, nun wirklich in Fleisch und Blut? Und sind wir den schauervollen Regungen der Diktatur, wie sie sich am grauevollsten vor 20 Jahren um uns demonstrierte, mit allen Konsequenzen entgangen? Vieles läßt sich anführen, um den Staat, in dem heute der größere Teil der Deutschen lebt, als einen Staat neuer eigenwillig demokratischer Prägung zu erklären. Aber nicht viel weniger, um das Zufällige und Unorganische in seiner demokratischen Institution und seinem staatlich politischen Leben erkennbar zu machen. Wir leben ganz offensichtlich aus dem Wunsche, es nicht noch einmal so zu machen, wie es uns vordem zur Katastrophe ausschlug. Zum anderen aber hören wir vielfach die Entwicklung unserer gesellschaftlichen Formen mit dem Vorwurf bedacht, die politisch betriebsamen und führenden Schichten förderten auf vielen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens eine Restauration, eine Wiederherstellung von längst Vergangem.

Natürlich stimmen unsere sozialen und gesellschaftlichen Wirklichkeiten von heute mit den Proklamationen unserer Parteien nicht überein, wie sie sie nach 1945 als unmittelbare aus Asche und Zorn geborene Leitbilder aufgestellt haben. Es ist aber für die Parteien gewiß keine Schande, wenn sie bei dem Vergleich von einst Gewolltem mit heute Erreichtem schwerwiegende Diskrepanzen haben feststellen müssen. Nicht immer werden wir die Bilanz damit abzuschließen haben, daß die politischen Ergebnisse hinter den Idealen zurückgeblieben sind. Unser wirtschaftlich-sozialer Panorama und unser Parteien-Gefüge weisen heute Züge auf, wie sie keine der führenden politischen Kräfte einst geplant oder erdacht hat. Wir sind Zusammenballungen des politischen Willens nahegekommen, wie sie uns aus der Sorge um den Vielparteien-Splitterstaat von Weimar ebenso wie um die Einparteien-Diktatur Hitlers niemals mehr erstrebenswert erschienen. Kein Wunder, daß wir heute um das

Grundgesetz, das das Bonner Provisorium als Grundlage für den künftigen Einheitsstaat der Deutschen mit weiser und behutsamer Hand schuf, schon manchen harten, neuen Wind fegen hören.

Um das Grundgesetz und seine Formulierungen waren 1948 die Gegner und Getroffenen der Hitler-Diktatur und die Erfahrenen aus Weimars Stärke und Schwäche versammelt. Und wenn je eine Verfassung mit der Perspektive gegründet wurde, aus Schwächen und Fehlern der Vergangenheit zu lernen, dann war es die Urkunde, die seit 1949 das politische Lebensgerüst für die Bundesrepublik darstellt. Der Freiheit der politischen Meinungs- und Willensbildung hat die neue Staatsordnung freilich seither alle rechtlichen Möglichkeiten geöffnet, aber ebenso sucht sie sich der früheren Aushöhlung durch den Gruppen-Terror, wie sie die Weimarer Demokratie begünstigt hat, zu erwehren. Die politischen Entwicklungen haben seitdem die Gefahren von Weimar erfolgreich niedergehalten.

Man hat oft beklagt, daß die Bundesrepublik nicht in der Lage sei, ein politisch-moralisches Leitbild für die zu schaffen, die hinter dem Eisernen Vorhang ihren Gwalthabern ausgesetzt sind. Wir meinen, daß ein solches geistig-politisches Musterbild für eine neue westliche Demokratie um so mehr eine unerreichbare Fata Morgana bleiben muß, je mehr dieses Land seine Kräfte darauf konzentrieren muß, ein solide funktionierendes, wirtschaftlich und sozial stabiles und kräftig florierendes Land zu sein und zu bleiben. Eine Ideologie müßte so oder so den freischaffenden Menschen einengen und vergewaltigen. Wir müssen darauf hoffen, daß die großen Werte, die heute im freien Deutschland so scheinbar planlos und bisweilen vielfach irregeleitet entstehen und lagern, sich dann erst zu einer wirklich überzeugenden Form der Demokratie entwickeln, wenn sie im ganzen Deutschland in Freiheit sich verteilen und ordnen können.

## Kroll's Mission

W. Bonn. — Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Dr. Hans Kroll, will sich bemühen, in Moskau die Gelegenheit zu erhalten, über den sowjetischen Rundfunk zur Bevölkerung des Landes zu sprechen. Er wird dabei auf die Tatsache hinweisen, daß der sowjetische Botschafter in Bonn, Smirnow, kürzlich eine Viertelstunde im Bayerischen Rundfunk reden konnte. Von seiten der Bundesregierung wurde jetzt darauf hingewiesen, daß schon verschiedene Botschafter westlicher Staaten darunter Diplomaten der Schweiz usw., im Moskauer Rundfunk sprechen konnten. Man hält daher den Versuch Kroll's nicht für aussichtslos. Zweifellos würde Kroll, wenn er Gelegenheit dazu erhielt, über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit reden.

Die neue Note der Bundesregierung, in der erneut die Einsetzung eines Viermächte-Gremiums zur Behandlung der deutschen Frage gefordert werden wird, soll etwa in einer

Woche dem Sowjetbotschafter Smirnow in Bonn übergeben werden. Der genaue Inhalt ist noch immer unbekannt. Bundesaußenminister Dr. von Brentano hat ihn auch nicht dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages vorgelegt, mit dem er am Donnerstag darüber beraten hat. In SPD-Kreisen ist trotz der Versicherung des Ministers, daß die neue Note mit dem einstimmigen Beschluß des Bundestages vom Juli übereinstimmen werde, ein gewisses Mißtrauen hängengeblieben; im ganzen freilich sind die Überlegungen darüber, daß die Bundesregierung die alle politischen Wünsche berücksichtigende Form finden werde, den Bundestagsbeschluß den Sowjets gegenüber plausibel zu machen.

Im allgemeinen kann man feststellen, daß die Hoffnung auf eine Einigung mit der Sowjetregierung über die Einsetzung einer Viermächte-Botschafterkonferenz geringer geworden ist. Obwohl sich die Abgeordneten, von denen der Gedanke ausging, nicht so leicht entmutigen lassen, hat die neue Rede Smirnows doch ihre Besorgnis verstärkt.

lich offene Eingeständnis, daß die gewünschten Waren wesentlich wären für die Erfüllung der mitteldeutschen Exportverpflichtungen gegenüber Rotchina.

Die plötzliche Konzilianz gegenüber den Grenzgängern ist wahrscheinlich nicht nur auf Wahlkampfprücksichten, sondern auch auf die katastrophale Flucht von Fachkräften aus dem Zonengebiet zurückzuführen. An die vorgeschlagene Auszahlung der Löhne in der Währung des Wohnortes dürfte sich außerdem die Hoffnung knüpfen, das Ärgernis der im Westen arbeitenden Ostberliner auf kaltem Wege zu beseitigen. Denn eine solche Regelung würde die Wahrung des Währungsgefälles verhindern und damit dem im Westen arbeitenden Ostberliner die Teilnahme an den Wirtschaftserfolgen der Bundesrepublik unmöglich machen. Die Konsequenz könnte nicht ausbleiben: diese Gruppe der Grenzgänger wäre an der Arbeit in Westberlin nicht länger interessiert. Umgekehrt müßten die gesuchten 10 000 Westberliner Fachkräfte bei einer Arbeit im Osten keinen Währungsnachteil mehr befürchten. Ob allerdings die daran geknüpften Spekulationen der Kommunisten auf eine stärkere Anwerbung von Fachkräften sich erfüllen würde, darf man jedoch bezweifeln. Darüber, daß es ihm bei seinem Stellenangebot nicht um die älteren arbeitslosen Angestellten in Westberlin geht, ließ Ebert wenig Zweifel.

Die angekündigten Reise-Erleichterungen könnten dagegen in der Tat ein Fortschritt für die Situation Westberlins sein — wenn sie realisiert würden. Während dafür aber in dem Schreiben an Brandt als fester Termin der 17. November angegeben wird, wickelt Ebert einer genauen Beantwortung der Frage aus, ob eine Milderung der ohnehin einseitigen Reisebeschränkungen als einseitige Maßnahme Pankows geplant sei. Er ließ im Gegenteil durchblicken, was einer der entscheidenden Gründe für das Angebot ist: „Wir wollen verhandeln“, und das auf gleicher Ebene zwischen Senat und Magistrat,

## Pudding von drüben

Eberts Angebot als „Wahlschlager“ für die SED

DT. „Wer den Pudding prüfen will, muß ihn essen — Sie sind eingeladen.“ Diese empfehlenden Worte, dem Ostberliner Verwaltungschef Ebert zur Erläuterung seines Briefes an Brandt vor einer Pressekonferenz ausgesprochen, kennzeichnen ungewollt das kommunistische Angebot als eine Süßspeise, deren wahre Zusammensetzung man oft nicht sofort feststellen kann. Und der Zeitpunkt des Briefes — wenige Wochen vor den Westberliner Wahlen — läßt denn auch wenig Zweifel, daß hier unter anderem der Zuckerguß für die SED-Propaganda zubereitet werden sollte. Das Erkennen des Motivs sollte jedoch nicht davon abhalten, auch die Substanz des für Westberlin — ach — so wohlgemeinten Angebotes näher zu untersuchen.

Der an sich natürliche Vorschlag, leichtverderbliche Lebensmittel, wie Milch und Ge-

müse, aus der unmittelbaren Umgebung nach Westberlin zu liefern, ist gezielt auf die Unzufriedenheit mit der Qualitätseinbuße, die diese Waren auf dem langen Transport aus dem Bundesgebiet erleiden. Gegenüber diesen Klagen kann sich Ebert, ungeachtet der Milchknappheit im eigenen Bereich, „großzügig“ zeigen. Dies fällt ihm um so leichter, als er an Gegenlieferungen ausdrücklich nicht etwa ähnliche Lebensmittel für sein Zonen-Randgebiet, sondern gute, harte Werkzeugmaschinen und schwerindustrielle Erzeugnisse fordert, die Pankow im Interzonenhandel zur Zeit wegen seiner Lieferrückstände nur schwer erhalten kann. Hinzu kommt, daß eine verstärkte Abhängigkeit Westberlins von Zonen-Lieferungen auch noch ein willkommenes Druckmittel sein könnte. Überrascht hat in diesem Zusammenhang eigentlich nur das ziem-

# Mauerblümchen des Wirtschaftswunders

Am Bonner Bundeshaus sind Budenbesitzer auf den Souvenirs sitzengelieben

W. Bonn (Eigenbericht). Als hätte um Mitternacht ein mächtiger Glockenschlag dem munteren Treiben jäh ein Ende bereitet: So blickt die süße Stoffpuppe mit erstarrtem Lächeln auf die regennasse Fenster-scheibe. Ihr Pferdchen, auf dem sie ritt, ist wieder zu einem unbeweglich-klobigen Faß geworden, und was das rote Herz in ihrer Hand vor dem Schlag der Turmuhr war, wagt man nicht auszudenken. Jetzt herrscht ringsum tiefe Schwermut. Der Fußball mit dem Sparschlitz, unter dem — man weiß nicht wieso und warum — mit großen Buchstaben „Bundeshaus“ geschrieben steht, ist ein wenig auf die Seite gekugelt. Vielleicht wollte er sich der Vase nähern, weil auch auf ihrem dicken Bauch das Rätselwort „Bundeshaus“ steht. Aber dazwischen hat sich dreist ein ordinäres Stück Baumrinde geschoben, das prahlisch auf seinem Rücken ein buntgemaltes, langes Haus zur Schau stellt.

## Bestellt — nicht abgeholt

Wenn man durch die Scheibe in den Kiosk hineinblickt, kann man die kleinen Tragödien ahnen, die sich um diese Jahreszeit abspielen müssen. Da liegen sie nun, die Verschmähnten und Vergessenen, die Mauerblümchen des Wirtschaftswunders. Vorbei ist der Sommer und die Saison, und niemand hat sie mitgenommen. Der Jammer greift einem ans Herz. Tag für Tag sind in den heißen Wochen hier 3000 bis 4000 Menschen vorbeigezogen. Auf dem Weg vom Parkplatz ins Bundeshaus haben sie vielleicht einen neugierigen Blick in die Auslage geworfen, an der Theke eine Coca oder Raspa getrunken, und dann sind sie achtlos weitergegangen.

Die edle Kunst gilt nichts mehr. Selbst die schönen bunten Hüthen aus vier Lappen, um die sich in früheren Jahren die Leute rissen, sind diesmal liegengelieben, obwohl auch sie inzwischen das Bild des weißen Hauses am Rhein tragen. Ab und zu hat noch jemand etwas Nützliches, einen Aschenbecher mit Bundeshaus oder eine Mok-

katasse mit Bundeshaus gekauft; aber den meisten war es genug, wenn sie ein paar Postkarten mitnahmen, wie sie hier so geschmackvoll angeboten werden, etwa mit dem poetischen Spruch:

Die Laune gut, der Beutel leer,  
das soll uns nicht verdrießen,  
Wir sitzen hier beim Glase Wein  
und lassen herzlich grüßen.

Jetzt, im traurigen Herbst, sitzt hier niemand, weder bei der Coca noch beim Glase Wein. Nur wenn der unermüdete Bundestag seine Sitzungen abhält, rollen von fern her die dicken Omnibusse heran, öffnen ihre Schläge, und heraus quellen die Mengen, die einmal das westdeutsche Parlament in Aktion sehen wollen. Wenn sie sich rechtzeitig — drei oder vier Monate vorher — angemeldet haben, dann dürfen sie für 90 Minuten auf die Tribüne klettern und von oben stumm herabsehen, wie sich ein Redner ereifert und vor ihm verstoßen die Zeitung gelesen wird.

## Fast jeder 10. Bundesbürger

Das Bundeshaus in Bonn ist zu einer Attraktion geworden. Von Jahr zu Jahr wächst die Besucherzahl, rund vier Millionen sind es jetzt schon seit 1949 — fast jeder zehnte Bundesbürger. Und ringsum ist der falsche Zauber der Buden und der Souvenirs emporgeschossen wie Pilze auf feuchtem Boden.

## Durchsichtige Fälschung

Berlin (Eigenmeldung). Von sowjetzonaler Seite werden seit einigen Wochen gefälschte Flugblätter mit dem Namen der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ versandt, die in Form und Aufmachung den von der KGU hergestellten Flugblättern ähneln. Die Fälschung ist ebenso leicht zu erkennen wie ihre wirklichen Absender, wenn man nur den einen Satz liest: „Holen wir unsere Brüder und Freunde aus dem Wehrdienstverhältnis zurück!“ Die Versendung erfolgt brieflich an die westdeutsche Bevölkerung.

Anfangs war es ein schönes Geschäft. Auf dem Likörglas mit dem Bonner Wappen-Greif, auf dem Weinpokal mit dem Bundeshaus lag der Glanz der Kuriosität. Im Laufe der Zeit ist dieser Glanz matt geworden. Nun kauft man an den Kiosken gleich eine ganze Serie jener Armwappen, wie sie voll Stolz auf die Anoraks genäht werden: vom Drachenfels über die Lorelei bis hin zum „Nederland“. Im Herbstwind hängen die durchnähten Wimpel schlapp herum und warten lustlos auf die letzten Besucher. Am Postkartenstand blickt Adenauer ein wenig mißmutig auf Theodor Heuss herab, der protokollwidrig unter ihn verpflanzt worden ist. Es macht keinen Spaß, hier so sinnlos im Regen zu hängen: Wer mag um diese Jahreszeit noch Karten schicken!

## Besitzstand wird ermittelt

Die Verluste der Flüchtlinge

W. Bonn (Eigenmeldung). Im kommenden Jahr sollen die Schäden und Verluste, die Flüchtlinge aus der Sowjetzone und aus dem Ostsektor Berlins bei ihrer Flucht erlitten haben, festgestellt werden. Alle Fraktionen des Bundestages haben sich mit dem Vorschlag der FDP einverstanden erklärt, ein Gesetz über die „Beweissicherung des Besitzstandes“ der Sowjetzonen-Flüchtlinge zu erlassen. Das Gesetz, das für mehr als eine Million Menschen im Bundesgebiet und in Westberlin gelten wird, soll noch keinen Rechtsanspruch auf Wiederherstellung des früheren Besitzstandes geben. Es soll aber die Rückerstattung nach der Wiedervereinigung Deutschlands vorbereiten. Nach dem Entwurf soll sich die Beweissicherung nicht nur auf Grundbesitz und Wirtschaftsgüter beziehen, sondern auch auf Hausrat, Spareinlagen, Anteile an Kapitalgesellschaften und Kunstgegenstände. Die Flüchtlinge sollen ihre Schäden auf einem amtlichen Formular angeben und dabei Beweismittel und Zeugen nennen.

# „Hört auf, Westdeutschland zu kritisieren“

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenber.). Presse, Rundfunk und unzählige Agitatoren stehen in der Zone im „rollenden“ Einsatz für Wahlen, deren Ergebnis bereits feststeht. Die SED läßt sich überall feiern und beklatschen. Aber hinter dem ganzen Rummel steht die ernste Kritik der Bevölkerung. Auf zahlreichen Versammlungen werden Fragen gestellt, die Aufschluß über die Ansichten der Menschen zwischen Elbe und Oder geben, auch wenn man diese Fragen dialektisch abzufangen versucht.

### CHEMNITZ

Warum gemeinsame Liste? „Wahlen gibt es doch nur in Westdeutschland, wo verschiedene Parteien auftreten“, sagten Jungwähler in Chemnitz nach einem Bericht der SED-Zeitung „Volksstimme“. Die Antwort lautete: „Es ist aber etwas Komisches mit dieser Demokratie, wo immer nur Kapitalismus oder Reaktion herauskommt.“ Zwischenruf: „Ihr weicht doch aus.“ Antwort: „Wir sagen wie Adenauer, keine Experimente. Wir wollen keine Experimente, damit es nicht rückwärts geht. Wer heute gegen die Liste der Kandidaten der Nationalen Front ist, spricht gegen die fortschrittlichen guten Erfahrungen.“

„Wegen einer Straßenlaterne nicht wählen.“ Viele Bürger würden wegen schlechter Dachreparaturen, fehlender Straßenbeleuchtung und dem mangelhaften Angebot in HO-Geschäften nicht wählen wollen, schreibt die „Volksstimme“ weiter.

„Tonnenideologie contra Planerfüllung.“ Viele Industriebetriebe melden Planerfolge, die nicht stimmen. Von einer Jahresauflage von 24 000 Rundfunkempfängern wurden erst 14 400 Stück ausgeliefert. Gemeldet sei aber eine hundertprozentige Planerfüllung. Das sei Ausdruck von „Tonnenideologie“.

### GREIFSWALD

Auf einer Wählerversammlung der SED kritisierten Versammlungsteilnehmer die Einheitsliste. Der SED-Kandidat Krolkowski sagte dazu: „Die Ein-

heitsliste ist nicht nur ein Bedürfnis der SED, sondern sie liegt im Interesse aller. Es wäre sinnlos, sich Parteien wie die Brötchen im Bäckerladen aussuchen zu können.“ Jungwähler erklärten auf der gleichen Wahlversammlung: „Hört auf, Westdeutschland zu kritisieren. Das schafft doch keine Grundlage für ein gemeinsames Ziel.“ Sie wurden dialektisch widerlegt: „Das gemeinsame Ziel ist der Frieden. Bonn ist gegen den Frieden, also müssen wir Bonn kritisieren.“

Vopo-Studenten unbeliebt. Die uniformierten Mediziner sind bei den Mädchen in Greifswald nicht gern gesehen. Wenn sie in Zivil kommen, gehen die Mädchen mit ihnen aus. In Uniform werden sie gemieden.

### ROSTOCK

Vollampf hinter die Wettbewerbe: Die ökonomischen Hauptaufgaben hätten einen tiefen politischen Inhalt, sagte SED-Funktionär Westphal aus Rostock, denn bis 1961 solle die atomare Aufrüstung der Bonner Armee beendet sein — und bis dahin müsse die Zone Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch überrundet haben, um die Überlegenheit des sozialistischen Systems zu beweisen.

### MEISSEN

Paßgesetz und Schlagermusik. Auf einem Jugendforum beschwerten sich Jugendliche über die einseitige Polemik der SED. Sie sagten: „Hört auf, immer Westdeutschland zu kritisieren. Warum der Protest, wenn DDR-Bürger, die in Westdeutschland für die DDR agitieren, eingesperrt werden. Würden wir zulassen, wenn bei uns Westdeutsche für die Adenauer-Politik sprechen?“ Die Antwort des SED-Genossen lautete: „Es kommt immer darauf an, wer über was spricht. Wenn Arbeiter nach Westdeutschland fahren, dann sprechen sie über den gemeinsamen Kampf für den Frieden, gegen die Kriegsvorbereitungen. Das gleiche dürfen westdeutsche Arbeiter auch in der DDR sagen.“

Kein Geld für Westschlager. Alfred Kurella wies darauf hin,

daß Devisen nur für Bedarfsgüter ausgegeben werden dürfen, nicht aber für Westschlager.

Jetzt nicht alle um 8 Uhr: Seit einer Woche unterscheiden sich die Verpflichtungen der Hausgemeinschaften, geschlossen zur Wahl zu marschieren in der Uhrzeit. Einige wollen um 7 Uhr, andere um 8, 9 oder 10 Uhr gehen. Spätestens bis 12 Uhr sollen alle gewählt haben.

### SCHÖNEBECK

„Massenflucht aus der Westzone“ — meldet die Magdeburger „Volksstimme“ (SED) täglich. Reporter der Zeitung suchen den Bahnhof von Marienborn ab nach Rückkehrern, Umsiedlern und „Opfern der NATO-Politik“. Fünf Aufnahmelager für Westflüchtlinge sollen in der Zone errichtet sein. Tatsächlich treffen in Schönebeck im Tagesdurchschnitt nicht mehr als 20 sogenannte Rückkehrer ein. Als „arbeitsscheu“, als „Abenteurer“, „Strolche“ oder „dunkle Figuren“ bezeichnet die Bevölkerung zahlreiche sogenannte Westflüchtlinge. Viele von ihnen sind „verkrachte Existenzen“, die im Westen den Boden unter den Füßen verloren haben.

Die Statistik: Als gute Tat zur Wahl und zu Ehren der Novemberrevolution wurde die Stadttheaterruine in Magdeburg abgetragen. Freiwillige Helfer bargen in 92 000 Stunden 720 000 Ziegelsteine, 103 t Schrott, 15 t Nutz Eisen und 108 kg Buntmetall.

Die Schlangen haben nicht aufgehört. Wartende stehen zum Wochenende regelmäßig vor HO- und Konsumgeschäften. Die Kartoffelversorgung gerät ständig ins Stocken. Die Verkäufer kämpfen seit zwölf Jahren darum, die Waren „kulturvoll“ zu verkaufen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

# Hut statt Fez am Bosphorus

Die türkischen Parteien streiten sich um das Erbe Atatürks

H. Ankara (Eigenbericht). Wenige Kilometer von der Hauptstadt entfernt liegt verborgen hinter den Hügeln der weitflächigen Steppenlandschaft inmitten eines Pappelhaines ein schlichtes, weißgetünchtes Haus, das sich äußerlich und mit seinem einzigen Innenraum nicht von einem anatolischen Bauernhaus unterscheidet. Ein Tisch, ein altmodischer Korblehnsessel, ein Tassenbord, ein Diwan bilden die anspruchslose Einrichtung. Wäre nicht ein Wärter zugegen, aus dessen hinterer Hosentasche der Revolvergriff hervorschaut, man würde kaum vermuten, daß man sich in einem Hause Atatürks befindet. Hierher pflegte er sich zurückzuziehen, wenn er ganz allein sein wollte.

Sein Volk, das ihn zuerst als General in Uniform kennengelernt hatte, sollte ihn nach seinem Willen als den eleganten Europäer im Frack — auf unzähligen Fotografien — vor Augen haben; aber Atatürk hatte viele Gesichter. Er war nur 53 Jahre alt, als er am 10. November 1938 im Sultanspalast zu Istanbul an Leberzirrhose verstarb, aber kaum zwanzig Jahre reichten ihm, um nach Zusammenbruch des Ottomanischen Vielvölkerreiches die Grundlagen eines auf dem türkischen Volkstum errichteten Nationalstaates zu legen.

## Hüter des Erbes

Die roten Fahnen mit dem weißen Halbmond, die am Cumhuriyet Bayram, am 35. Jahrestag der Ausrufung der Republik vor knapp zwei Wochen Ankaras Festfreude bekundeten, werden nun auf halbmaß gesetzt. Alle Lustbarkeiten, alle Musik sind an diesem Tage verboten, die Nation vereinigt sich in drei Schweigeminuten: sie trauert um den „Vater der Türken“, der zugleich ihr Lehrer und Zuchtmeister war.

Zwei große Parteien streiten sich heute darum, wer der wahre Hüter des echten Erbes sei: die von Atatürk selbst gegründete, heute von seinem Mitstreiter und Nachfolger Ismet İnönü ge-

leitete Republikanische Volkspartei, die bis 1950 am Ruder war, und die aus ihr hervorgegangene Demokratische Partei des Staatspräsidenten Celal Bayar und des Ministerpräsidenten Adnan Menderes.

Der Kampf spielt sich mit einer für die Türken bemerkenswerten Leidenschaft ab. „Willkürherrschaft“ werfen die einen dem jetzigen Regierungschef vor, weil er die Vorwahlen innerhalb der eigenen Partei annullierte und Kandidaten seines Vertrauens auf die Wahllisten setzte, weil er die Freiheit der Presse einengt und die Unabhängigkeit der Richter antastet. Der „politischen Perversität“ beschuldigen Politiker der DP Ismet Pascha (wie er noch immer genannt wird), weil er „die Agitation der Wahlzeit wachhalten“ wolle und so das normale staatliche Leben störe.

Ich habe aber auch von Menderes-Anhängern den Satz gehört: „Demokratie muß manipuliert werden“, und wenn die Opposition mehr oder weniger grobe Eingriffe in die Parlamentswahlen vom Oktober 1957 behauptet, so muß sie sich daran erinnern lassen, daß es bei den Wahlen von 1946 alles andere als korrekt zugegangen war. Richtig ist, daß die Regierung niemals amtliche Ziffern der vor einem Jahr abgegebenen Stimmen veröffentlicht hat — nach Angaben der RVP erhielten die Demokraten höchstens 48,5 Prozent —, und daß auch türkische Befürworter des Mehrheitswahlsystems die Wahlkreise, in denen theoretisch eine Stimme über 30 und mehr Mandate entscheidet, für zu groß erklären. Aber alles das interessiert Achmet und Meçmet gar nicht so sehr; ihre Beschwerden richten sich gegen die hohen und steigenden Preise, die in einem seit Jahren inflationistisch regierten Land alle Lohn- und Gehaltsempfänger zu erheblichen Einschränkungen zwingen.

## Tricks mit dem Brot

Kleine Tricks, etwa daß man bei festem Brotpreis mehrmals das Gewicht und auch die Mahl-

quote verändert, verlangen da nicht. Man muß deshalb aufrichtig hoffen, daß mit Hilfe der neuen Kredite (225 Mill. Dollar) nach dem Mangold-Plan und der im Zusammenhang damit verfügten Begrenzung der Bankkredite und der wenn auch nicht dem Namen, so doch dem Tatbestand nach erfolgten Abwertung des Türkpfunbes von 2,3 auf 9 Türk. Pfd. je Dollar jetzt wirklich eine Konsolidierung der Währung erfolgt.

## Der Weg nach Europa

Geblichen ist von Atatürks Erbe der Wille, „den Weg nach Europa“ weiterzugehen, und das ist entscheidend. Wenn ich versuche, die Argumente der beiden Seiten gegeneinander abzuwägen, so bleibt als wichtigster Unterschied zwischen Republikanern und Demokraten — die in allen großen außenpolitischen Fragen völlig übereinstimmen! — die Forderung nach einem Plan, nach einem Programm der Regierung.

Mit einem Bevölkerungszuwachs von früher zwei, heute bereits drei Prozent müssen jährlich 750 000 Menschen mehr ernährt werden. Man hatte sich zunächst damit geholfen, immer mehr der Mera, des Gemeinlandes, wie wir sagen würden, unter den Pflug zu nehmen, und in der Tat hat sich die Ackerfläche seit 1936 verdoppelt. Aber damit ist die Grenze des landwirtschaftlich Vertretbaren nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten: wegen Verschlechterung der Weide frisst das Vieh nicht nur das Gras, sondern auch die Wurzeln, und indem man ansteigendes Gelände umbräch, begünstigt man selbst den Todfeind der türkischen Landwirtschaft: die Bodenerosion. Hier muß angesetzt werden. An der Spitze der Türkei-Arbeitsgruppe der FAO (Food and Agriculture Organisation der UNO) steht heute ein hervorragender deutscher Fachmann: Professor Dr. F. Baade, der übrigens von 1934 bis 1946 selbst in der Türkei als Wirtschaftsberater gelebt hat.

# Berliner CDU erhebt Führungsanspruch

## Wahlkampf eröffnet — Erste Großkundgebung im Sportpalast

Berlin (Eigenbericht). Mit einer Großkundgebung im Sportpalast hat die Berliner Christlich-Demokratische Union den Wahlkampf für die Wahlen am 7. Dezember eröffnet. Unter dem großen Beifall der Tausende forderte Bundesminister und Landesvorsitzender Ernst Lemmer, daß die CDU endlich die SPD in der Führung der Berliner Politik ablösen müsse. Beide Parteien hätten sich zwar um den Wiederaufbau der Stadt verdient gemacht, aber ohne die vertrauensvollen Beziehungen der CDU zu den führenden Männern der Bundesrepublik wären die Erfolge nicht möglich gewesen. Im übrigen werde, stellte Lemmer erneut fest, die CDU den Wahlkampf nicht so führen, „daß zur Freude von Ulbricht und Genossen politisches Porzellan zum Schaden der Sicherheit unserer Stadt zerschlagen wird“.

Zur Frage der Beteiligung der SED an den Wahlen wies Lemmer darauf hin, daß gerade in Westberlin eine „Probe“ — auch für den Kreml — über das wahre kommunistische Stärkeverhältnis gemacht werden müsse. Die SED, die ihre Versammlungsfreiheit ausnutzen könne, führe ihren Wahlkampf mit völligem Recht im Schwerpunkt gegen die „Adenauer-CDU“. Allein durch die Politik der Bundesregierung würden „Spekulationen auf eine Schwäche des Westens jeder Boden entzogen“.

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Vizepräsident des Europarates, Kurt-Georg Kiesinger, stellte fest: „Bevor wir uns nicht in Deutschland in der Frage der Wiedervereinigung geeinigt haben, besteht wenig Aussicht, daß uns die Sowjetunion ernst nimmt.“ Gerade die CDU werde nie im Kampf für die gesamtdeutsche Freiheit nachlassen. Eingehend auf Berlin betonte Kiesinger unter starkem Beifall, die Stadt könne als Ausgangsposition nur „mit der Treue unserer Freunde“ gehalten werden. Natürlich hätten die Amerikaner mit ihrer Hilfe auch eigene Interessen verbunden. „Die Jahre des Zusammenlebens“, fuhr er fort, „haben aber auch ein Solidaritäts- und Freundschaftsgefühl zwischen beiden Ländern geschaffen, das nicht so leicht verschwinden wird. Besonders die Berliner haben sich durch ihre Haltung die Zuneigung einstiger Gegner errungen und uns damit allen geholfen.“

Bürgermeister Amrehn erklärte zu den Vorschlägen von Ebert u. a. über einen Waren-

austausch, die von kommunistischer Seite jetzt vorgebrachten Drohungen stellen keine gute Atmosphäre für Verhandlungen dar. Das Ostberliner „Angebot“ müsse auch aus vielen anderen Gründen mit größter Skepsis betrachtet werden. Zu den Berliner Wahlen betonte der Bürgermeister, die CDU habe mit dem Vorurteil gebrochen, daß die Interessen der Arbeiter allein bei der SPD aufgehoben seien. Auch die Jugend stehe zum größten Teil in den Reihen der CDU.

## Grotewohl provoziert Tito

### Jugoslawiens Gesandter verließ Pankower Revolutionsfeier

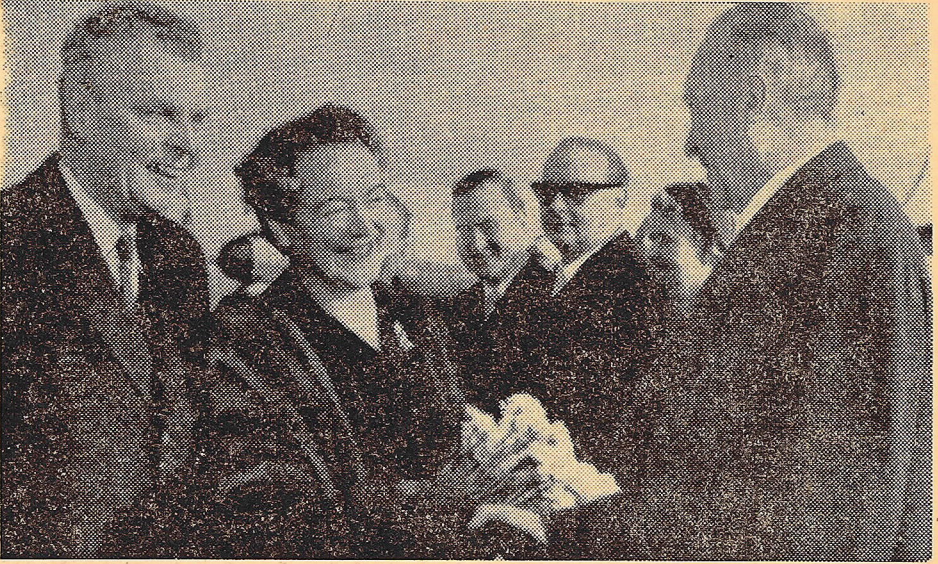
DT. Berlin (Eigenbericht). An rednerische Ungeschicklichkeiten ist man bei dem aus triftigem Grund oft nervösen Otto Grotewohl gewöhnt. Aber seine Angriffe gegen Jugoslawien am Mittwochabend im ostsektoralen Friedrichstadt-Palast waren überlegt und gezielt; keinesfalls waren sie spontane Erregung gegen sozialistische Verräter, weil Grotewohl längst alles revolutionäre Temperament verloren hat. So war er eigentlich auch nicht die geeignete Persönlichkeit, den 41. Jahrestag der sowjetischen Oktober-Revolution mit flammenden Worten zu verherrlichen, was doch Sinn und Zweck der Veranstaltung und seiner Festrede sein sollte.

Die Kommunisten mögen ihre Feste feiern, wie sie fallen. Wenn aber ausgerechnet zu diesem Anlaß der Ministerpräsident eines Ostblocklandes öffentlich Jugoslawien attackiert und damit einen diplomatischen Zwischenfall heraufbeschwört, so zeugt das von grober Unhöflichkeit gegenüber dem anwesenden jugoslawischen Botschafter.

Empört und verletzt hat der Botschafter die Stätte der Schmach sofort verlassen. Der Zwischenfall war nicht mehr zu vermeiden und dürfte auch mit einem nun zu erwartenden Protest Belgrads nicht mehr reparierbar sein. Grotewohl hat das alles vorher einkalkuliert. Es

kam ihm darauf an, Moskaus antijugoslawische Kampagne ergeben zu unterstützen und diese fragwürdige Aktivität im Satellitenbereich nicht nur den fernöstlichen Rotchinesen zu überlassen. Zur Parteiloyalität des SED-Zentralkomitees kommt nun in aller Öffentlichkeit und vor dem versammelten ostdiplomatischen Korps die offizielle Staatskritik durch den Regierungschef; die parteiinterne ideologische Attacke gegen den Außenseiter-Sozialisten Tito genügt nicht mehr, die „ganze DDR“ steht jetzt angeblich gegen ihn.

Wenn das für die Belgrader kein Grund zur Verärgerung ist! Wichtiger wäre es, man würde dort gewillt sein, selbstkritisch den eigenen Standpunkt zur „Realität der beiden deutschen Staaten“ zu überprüfen. Jenen Standpunkt nämlich, der vor einem Jahr zur Anerkennung Pankows führte und damit zum Abbruch der Beziehungen zwischen Belgrad und Bonn. Die neue Herausforderung durch Grotewohl dürfte bei den Jugoslawen zumindest die Erkenntnis bewirken, mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Zone genau das Gegenteil des Erhofften erreicht zu haben; statt Entspannung des jugoslawischen Verhältnisses zum Ostblock eine neue Möglichkeit der Verschärfung.



---

**BILDER DER WOCHE.** Staatsbesuche in Bonn. Oben: Mit einem Strauß gelber Nelken begrüßte Bundeskanzler Adenauer die Gattin des kanadischen Ministerpräsidenten Diefenbaker (links) auf dem Flugplatz Wahn. — Unten: Drei Tage später traf der griechische Ministerpräsident Karamanlis zu dreitägigen Besprechungen in Bonn ein.

---

